

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Einsetzung eines Runden Tisches Kindergesundheit

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zeitnah einen Runden Tisch Kindergesundheit, in enger Abstimmung mit der Landesgesundheitskonferenz, einzurichten. Der Runde Tisch Kindergesundheit soll sich der besonderen Situation der gesundheitlichen und psychischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen nach der Corona-Pandemie widmen und Wege finden, die Versorgungssituation zu verbessern. Des Weiteren sollte der Runde Tisch Kindergesundheit auch die Versorgungssituation im Bereich der pädiatrischen Psychiatrie und Psychotherapie diskutieren, da die angespannte Lage in diesem Bereich sich durch den im Zuge der Pandemie erhöhten Bedarf an Behandlungen weiter verschlechtert hat. Seine Mitglieder sollen strategisch-politische Fragestellungen zur gesundheitlichen Situation und medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen diskutieren und nach Möglichkeiten suchen, wie sich kurz-, mittel- und langfristige Verbesserungen in der Praxis erzielen lassen. Der Runde Tisch hat zweimal jährlich unter Federführung der Senatsverwaltung für Gesundheit zu tagen und soll alle relevanten Akteure aus der ambulanten und stationären Versorgung vereinen. Zu spezifischen Fragestellungen sind zeitlich begrenzte Arbeitsgruppen zu bilden, die ihre Ergebnisse bei den Treffen des Runden Tisches vortragen. Dem Abgeordnetenhaus ist jährlich zu berichten. Eine Aufnahme des Runden Tisches ist für das Jahr 2024 vorgesehen, da aktualisierte Daten zu Schuluntersuchungen und Entwicklungen in der Post-Corona-Zeit miterfasst werden sollen.

Begründung

Die Koalitionsparteien haben sich im Koalitionsvertrag (S. 92) darauf geeinigt, die Kinder- und Jugendmedizin sowie die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung in Berlin zu stärken

und auszubauen. Hierfür soll ein Runder Tisch Kindergesundheit, der maßgebliche Akteurinnen und Akteure in diesem Bereich zusammenbringt, etabliert werden. Denkbar ist eine Andockung dieses Formats an die Landesgesundheitskonferenz.

Der Kinder- und Jugendgesundheit wurde insbesondere in den Hochzeiten der Corona-Pandemie nicht ausreichend Beachtung geschenkt, da Kinder und Jugendliche nicht als „vulnerable Gruppe“ gelten und bei einer Infektion mit COVID-19 selten schwere Krankheitsverläufe erleben. Allerdings trafen die sozialen Einschränkungen der Pandemie junge Menschen besonders hart: Die Veränderungen ihres schulischen, gesellschaftlichen und familiären Lebens wirken sich auch nach dem Wegfall der allermeisten Schutzmaßnahmen bei einer relevanten Anzahl von Kindern und Jugendlichen negativ auf die Kinder- und Jugendgesundheit aus. Dies gilt insbesondere für diejenigen Kinder und Jugendlichen, die bereit vor Ausbruch der Pandemie unter schwierigen Bedingungen aufwuchsen und besonders gefährdet waren, an Adipositas zu erkranken, Süchte zu entwickeln oder an Depressionen zu leiden. Diese und weitere Probleme haben sich im Zuge der Pandemie verschärft und überfordern das bereits vor der Pandemie überlastete System, werden jedoch aktuell noch als Probleme, die familiär gelöst werden sollen, ins Private geschoben. Um langfristige Folgeschäden zu vermeiden, muss sich dies grundlegend ändern. Die nachhaltige Stärkung und Sicherung der Kinder- und Jugendgesundheit ist auch eine politische Aufgabe.

Handlungsbedarf besteht auch in der medizinischen Versorgung und insbesondere in der Notfallmedizinischen und stationären Versorgung von Kindern und Jugendlichen. Medizinisches Fachpersonal hat in der Vergangenheit wiederholt in Brandbriefen auf die angespannte Situation in diesem Bereich hingewiesen. Zusätzlich könnte die anstehende Krankenhausreform erheblichen Einfluss auf Krankeneinheiten ausüben, welche eine ärztliche Facharztweiterbildung anbieten. Um einen potentiellen Mangel an Fachärzten für Kinder- und Jugendmedizin entgegenzuwirken und somit eine adäquate gesundheitliche Versorgung von Kindern und Jugendlichen gewährleisten zu können, sollte der Runde Tisch auch potentielle Einwirkungen der Krankenhausreform mitdenken. Des Weiteren sollte der Runde Tisch Kindergesundheit auch die seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen und Wege finden, die Versorgungssituation im Bereich der pädiatrischen Psychiatrie und Psychotherapie zu verbessern. Weitere Bereiche, die am Runden Tisch von den zuständigen Senatsverwaltungen, verschiedenen Institutionen und Vereinigungen behandelt werden sollten, sind Prävention und Früherkennung und die Situation von Kindern mit chronischen Erkrankungen und/oder Behinderungen.

Berlin, den 26. September 2023

Stettner Zander Usik Simon
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh König Freier-Winterwerb
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD